

Hochheimer Stadtanzeiger

Amtesliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Viebrich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.

Redaktion: Paul Jorisch, Viebrich a. Rh. — Redakteur: Paul Jorisch, Viebrich a. Rh. — Filiale in Hochheim: Jean Lauer.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Kleinzeile 2500 M., Reklamezeile 7000 M. Sämtliche Preise sind stets freibleibend.

Bezugspreis: monatlich 30000 M. einjährl. 300.000 M. Wegen Postbezug näheres bei jedem Postamt.

Rotations-Druck und Verlag: Guido Feidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Viebrich a. Rh.

Donnerstag, den 2. August 1923.

Postfachamt Frankfurt (Main) 10114

17. Jahrgang.

Amteslicher Teil.

Nr. 331.

Bekanntmachung.

Erhöhung der Schornsteingebühren.
Zur Grund des § 77 der Reichsgewerbeordnung werden die Schornsteingebühren für den Landkreis Wiesbaden mit Ausnahme der Stadt Wiesbaden, Kreisblatt Nr. 140, Ziffer 578 — mit Wirkung vom 1. August 1923 ab auf das 300fache der bisherigen Höhe erhöht.

Seine Bekanntmachung vom 9. Juli d. J. Nr. 330 — Kreisbl. Nr. 81 — tritt außer Kraft.
Wiesbaden, den 31. Juli 1923.

Der Landrat.

J. B. Schrödt, Kreisr.

Nr. 332.

Bekanntmachung.

Ab 13. Juli d. J. treten für den belebten Teil des Kreises folgende Zuckerpreise in Kraft: gewöhnlicher Zuckersand pro Pfund 4200 Mark, feinsten Zuckersand pro Pfund 4700 Mark. Hierzu tritt ein Zuschlag von 3,2 Prozent und soll ein weiterer anfallender Zuschlag für etwaige Transportkosten.
Wiesbaden, den 26. Juli 1923.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

J. B. Scheffler.

Nr. 333.

Die Polizeiverordnungen und Ortspolizeibehörden des Kreises weisen hiermit auf die in der Amtsblatt Nr. 1, d. J. Nr. 29 Spalte 701-702 abgedruckten Erlasse vom 5. Juli 1923 IV. Nr. 300, bezgl. U. C. 2341 betr. Bänderung des Exemplares hin.
Wiesbaden, den 24. Juli 1923.

Der Landrat.

J. B. Scheffler.

Nr. 334.

Zu bezug auf die Verfügung vom 27. Juli 1923, betr. das polizeiliche Weisungen, erlaube ich die Ortspolizeibehörden um genaue Beachtung der vorgeschriebenen formularmäßigen Mitteilungen. Zgl. Polizeiverordnung vom 14. Juli 1923 (Amtsbl. Nr. 30 Ziff. 799 bezgl. Kreisbl. Nr. 27 Ziff. 571).

Wegen der An- und Abmeldungen vorübergehend sich dort aufhaltender Personen verweise ich auf die Polizeiverordnung vom 23. Februar 1923 (Amtsbl. Nr. 27 Ziff. 88).

Wiesbaden, den 25. Juli 1923.

Der Landrat.

J. B. Scheffler.

Nr. 335.

Die Gebühren für Ausfertigung von Wanderbescheinigungen, Gewerbebescheinigungen und Erlaubnissen für den Herr Wiesener durch Erlasse vom 27. Juni 1923, A. 1625 anderweit auf 3000 Mark festgelegt.

Die Polizeiverordnungen und Ortspolizeibehörden erlaube ich um Beachtung. Auf den Anträgen ist die Ausführung der Beiträge zahlenmäßig zu vermerken.
Wiesbaden, den 23. Juli 1923.

Der Landrat.

J. B. Scheffler.

Nr. 336.

Die Polizeiverordnungen und Ortspolizeibehörden des Kreises weisen hiermit auf die in der Amtsblatt Nr. 39 S. 315 abgedruckte Verordnung vom 3. Juli 1923 betr. die Hausfeuerverträge, auf die Beachtung hin.
Wiesbaden, den 26. Juli 1923.

Der Landrat.

J. B. Scheffler.

Nr. 337.

Mit Wirkung vom 24. d. Mts. hat der Herr Regierungsrat beschlossen, dass die Höchstpreise für Einzelhandels auf den Wiesbadener Straßenbahnen und nach den Vororten und nach Mainz wie folgt festgelegt werden: bis zu 2 Teilstrecken 3000 M., bis zu 3 Teilstrecken 4000 M., bis zu 4 Teilstrecken 5000 M., bis zu 5 Teilstrecken 6000 M. und ferner mit Wirkung vom 1. August 1923 ab bis zu 3 Teilstrecken 5000 M., bis zu 4 Teilstrecken 7000 M., bis zu 5 Teilstrecken 9000 M., bis zu 6 Teilstrecken 10 000 M.

Wiesbaden, den 25. Juli 1923.

Der Landrat.

J. B. Scheffler.

Nichtamtlicher Teil.

Tages-Rundschau.

Zur Außenlage.

London, 30. Juli. Die französische und belgische Antwortnote ist heute im Foreign Office überreicht worden. Sie stimmen nicht überein, doch wird über die Art der Abweichungen strenges Stillschweigen beobachtet.

Zur französisch-belgischen Antwort.
Paris, 30. Juli. Der „Temps“ schreibt zu der Fertigstellung der französisch und belgischen Antwort auf die Note Lord Curzon vom 20. Juli, dass die Antworten auf verschiedenen Plänen ausgearbeitet seien, stimmen sie im Prinzip völlig

überein. Die belgischen Minister, glaubt das Blatt, seien mehr als erkrankt, wenn sie hören, dass man sie für geneigt halte, sich von Frankreich zu trennen. Diese belgische und unangenehme Annahme habe übrigens bei keinem französischen jemals bestanden und, davon erklärt sich der „Temps“ überzeugt, ebenso wenig bei einem Engländer, der nachzudenken pflege. Die französisch-belgische Einheitsfront sei die Voraussetzung jeder französisch-belgischen Verhandlung.

London, 31. Juli. Den Blättern zufolge erlitt heute Lord Curzon in der angekündigten Sitzung des Kabinetts Bericht über die französisch und belgische Antwort. Morgen wird das Kabinett noch einmal zusammenkommen, um endgültig darüber zu entscheiden, welche Haltung England an der Stellung Frankreichs einnehmen wird.

Die „Press Association“ erklärt, die französische Antwort gebe keinen Grund zu einem unangenehmen Optimismus. In manchen Kreisen glaube man, dass die frühere französische Haltung in den meisten Punkten erhalten würde und doch gegenwärtig keine Neigung zur Abänderung bestünde. Verschiedene Blätter erklären, wenn Großbritannien eine Separation unternehme, so werde höchstens die Eröffnung neuer langwieriger Verhandlungen in Frage kommen.

London, 1. August. „Manchester Guardian“ schreibt, die französische Antwort sei, wie es scheint, noch unangenehmer als erwartet wurde, wenn auch Poincaré verbindlicher sei als vorher. Belgien scheint im letzten Augenblick dem französischen Druck in allen wichtigen Punkten Rechnung getragen zu haben. Italien scheint dem britischen Standpunkt nur bedingte Unterstützung zu geben. Am ganzen Tage man sagen, dass die Möglichkeit einer Vereinbarung entfernter sei als angenommen wurde.

Der Lösung nicht näher gekommen!

London, 31. Juli. Der diplomatische Bericht „reparatur des „Daily Telegraph“ schreibt, der allgemeine Eindruck sei, dass man die Lösung der Ruhr- und Reparationsfrage nicht näher gekommen sei. Das Kabinett werde wahrscheinlich erörtern, ob es ratsam sei, die englischen Vorschläge an die Alliierten zu veröffentlichen, damit die Welt Gelegenheit habe, sich von der Ehrlichkeit und dem Wert der britischen Bemühungen um die Pazifizierung und den Wiederaufbau zu überzeugen. Die Forderung in Deutschland lassen nach Auffassung der meisten belgischen Minister kein lange hinhalten des Verfahrens zu, obgleich Poincaré offenbar anderer Ansicht sei.

Paris, 31. Juli. Havas berichtet aus London, man glaube in gewissen unterrichteten Kreisen zu wissen, die belgische Note spreche sich für die Einlegung eines im Einklang mit dem Vorkriegsvertrag stehenden Sachverständigenkomitees aus. Das britische Kabinett mache auch, ohne von seinem Standpunkt in der Ruhrfrage abzuweichen, Vorschläge hinsichtlich der Rückerstattung nach Maßgabe der etwaigen Zahlungen seitens Deutschlands.

Die kritische Lage Europas.

London, 1. August. Asquith hat im Unterhause den Premierminister auf die kritische Lage Europas hingewiesen und ihn gefragt, ob die Regierung dem Unterhause Gelegenheit geben werde, während der Ferien zusammenzutreten, falls sich die Notwendigkeit dazu ergeben sollte. Baldwin erklärte, wenn eine solche Notwendigkeit eintrete, werde ein beratender Schritt erfolgen.

Die Aufnahme des Auftrags der Reichsregierung in Berlin.

Berlin, 29. Juli. Der Auftrag der Reichsregierung wird in der Berliner Presse durchaus sympathisch aufgenommen. Man hofft, dass die Maßnahmen der Regierung geeignet sein werden, die gegenwärtige Lage Deutschlands so weit zu bessern, dass inner- und außenpolitische Gefahren nicht mehr bestehen.

Ein Aufruf an die Landwirtschaft.

Berlin, 30. Juli. Der Präsident des deutschen Landwirtschaftsrates Dr. Brandes erläßt folgenden Aufruf:

Der Reichstanzler weist darauf hin, daß infolge der Verknappung der Kartoffelernte die Städte von Kartoffeln entblößt sind, auch sonst die Ernährungsschwierigkeiten der großen Verbraucher massen wachsen. Der Reichstanzler richtet an die deutsche Landwirtschaft den dringenden Aufruf, alle Kräfte anzuspannen, um die Erträge, insbesondere an Frühkartoffeln, in möglichst Eile den Verbrauchern zuzuführen und die Lage der Städte zu erleichtern. Die Unterstützung durch den Reichsobersteuerrat sei gesichert. Ich unterstütze diese ernste Mahnung des Reichstanzlers aufs dringende. Die verspätete Ernte und die Marktentwertung verschlimmern die Lage. Es kommt jetzt darauf an, trotz dieser Schwierigkeiten den Anschlag an die neue Ernte zu erreichen, die, wenn sie gut geht, werden kann, gut zu werden verspricht. Ich fordere deshalb die deutschen Landwirte auf, der Mahnung des Reichstanzlers zu folgen, insbesondere soweit es der Reifezeit der Kartoffeln gestattet, die Städte möglichst ausgiebig mit Frühkartoffeln zu versorgen.

Ermahnende Worte des Grafen Poladomsky.

„Deutschland kann auferstehen, wenn das gesamte staatliche und öffentliche Leben auf einfacher Grundlage aufgebaut wird: wenn der schließliche Reiz, der selbstmörderische Parteihaftigkeit, die geschäftlich verhängnisvolle Betonung der sogenannten berechtigten Stammesangehörigkeiten verschwinden; wenn das deutsche Volk in allen seinen Schichten sich zu beiderseitiger Lebensführung und höchster Arbeitsleistung entschließt.“ Mit dieser Kundgebung wendet sich der große Graf Poladomsky, der hier wie ein Prophet und Patriarch zu seinem Volke spricht, an alle die, die mithelfen wollen, ein neues Reich aufzubauen.

Stresemann in französischem Spiegel.

Die Pariser Wochenzeitung „L'Europe Nouvelle“ veröffentlicht in ihrem neuen Heft einen Aufsatz ihres Berliner Mitarbeiter Camille Rauter über Stresemann. Der Artikel schließt mit folgenden Worten: „Als Reichstanzler würde Dr. Stresemann eine neue Richtung verkörpern. Er würde nicht der Mann der großen Kongresse sein, sondern sich im Gegenteil bemühen, wider sie den Staat neu zu beleben. Er würde eine deutsch-französische wirtschaftliche Verständigung erstreben, die nach seiner Ansicht freundschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern sichern könnte. Er erkennt die Notwendigkeit finanzieller Opfer an, aber er ist der Meinung, daß diese nur möglich sind, wenn Deutschland über genügend festgelegte Grenzen verfügt und innerhalb dieser Grenzen volle Souveränität besitzt. Als entschuldigter Engländer würde Dr. Stresemann für Frankreich ein zäher, geschmeidiger, geduldiger Gegner sein, aber ein intelligenter Gegner, und das wäre einmal etwas Neues.“

Resolution der „Rheinischen Volksvereinnigung“.

In der Coblenzer Festhalle hat am Sonntag eine Generalversammlung der „Rheinischen Volksvereinnigung“, der Vorsitz des Herrn Dr. Dörren, stattgefunden, die, wie es in einem Bericht des „C. d. Rh.“ heißt, von über 4000 Personen besucht gewesen sei. Den Vorsitz führte Herr Brandt aus Mainz. Als Redner traten auf die Herren Theodor Dehnen-Coblenz, Dr. Dörren, Wiesbaden, Dr. Kremers-München-Gladbach, Dr. Kibitz-Walnz. Die Versammlung nahm zum Schluß folgende Entschließung einstimmig an:

Die am 29. Juli in der Festhalle zu Coblenz am Rhein versammelten Delegierten der Rheinischen Volksvereinnigung, die aus allen rheinischen Gaue zusammengetreten sind, beschließen einstimmig:

1. Wir betonen uns als Bürger der Rheinischen Republik, deren allseitige Durchführung gemäß des uns am 1. Februar 1919 in Köln gegebenen feierlichen Versprechens wir vor aller Welt verlangen als unser gutes Recht und als einzige mögliche Rettung aus unserer unheimlichen Not.

2. Die Rheinische Republik soll die aufrichtige Verständigung anbahnen und ein hartes Friedensfeind. Ohne sie werden die Reparations- und Sicherheitsfragen niemals dauernd gelöst werden können.

3. Wir unterstützen aufs eifrigste die Berliner Politik der Aufregung zur Ruhe, die unser Volk in Elend stürzt, und fügen uns von ihren Verurteilungen los.

4. Wir Rheinländer wollen nicht verschachtet werden; wir wollen unser Geschick selbst bestimmen, wir wollen selbst gehört werden und verlangen daher die Erziehung des Berliner Reichskommissars und des sogenannten parlamentarischen Beirats, der die Interessen des rheinischen Volks bei der Interalliierten Rheinlandkommission und den Rädern vertreten soll.

5. Dieser Beirat muß sofort die Sicherstellung der Ernährung und die Stabilisierung des völlig gestörten Wirtschaftslebens mit allen Mitteln, insbesondere durch Einführung einer rheinischen Währung, betreiben. Nur so kann der durch Berlin verschuldeten Hunger und der Berliner Korruption ein Ende bereitet werden.

6. Wir beauftragen unseren Hauptvorstand, die zur Erreichung der vorstehenden Ziele erforderlichen Schritte ungeschont vorzunehmen und vor allem tatkräftig zu unterstützen. Es lebe die Rheinische Freiheit! Es lebe die Rheinische Republik!

Beisprechungen in der Reichskanzlei über die Ernährungslage.

Berlin, 31. Juli. In der Reichskanzlei fand heute unter dem Vorsitz des Reichstanzlers eine Beisprechung mit Vertretern der landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen statt, an der der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und andere Mitglieder des Kabinetts teilnahmen. In der Beisprechung wurde die gesamte Ernährungslage, insbesondere die Versorgung der städtischen Bevölkerung einer eingehenden Besprechung unterzogen. Nach den übereinstimmenden Äußerungen der Vertreter der Landwirtschaft kann mit einer guten Broternteilreife gerechnet werden. Die vorliegenden Meldungen geben auch zu der Hoffnung auf eine Besserung der Kartoffelversorgung begründeten Anlaß, da die Frühkartoffelernte in einigen Gegenden begonnen hat und in anderen Vorarbeiten in der nächsten und innerhalb der überrückten Woche anfangen wird.

In Verbindung damit wurde auch die wichtige Frage der Zerkverförmung behandelt. Hier bestehen insofern Schwierigkeiten, als die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Speiseeisen von jeder zu einem sehr wesentlichen Teile auf die Zufuhr aus dem Ausland und also auf die Devisenbeschaffung angewiesen war. Die Verhandlungen über eine Erleichterung auf diesem Gebiete, Verhandlungen, die zwischen der Reichsregierung und der Reichsbank geführt werden, stehen vor ihrem Abschluß.

Die Vertreter der landwirtschaftlichen Organisationen wiesen darauf hin, daß die Versorgung an einzelnen Stellen durch Wagenmangel erschwert sei und daß in Schlefien diese Schwierigkeiten durch den Transportarbeiterstreik wesentlich verschärft würden, jedoch dort große Mengen von Lebensmitteln bis zur Abwendung nutzlos liegen blieben. Von der Reichsregierung wurde zugesagt, daß auf die Befriedigung dieser Schwierigkeiten mit allem Nachdruck hingewirkt würde. Weiter wurde die Notwendigkeit einer den Landwirten die Möglichkeit zu geben, den Ertrag für ihre Erzeugnisse wertbeständig anzulegen. Seitens der Vertreter der Landwirtschaft wurde darauf hingewiesen, daß dies für die Landwirtschaft besonders nötig sei, weil sie ihre Erzeugnisse nur einmal im Jahre umsetzen konnte. Der Plan der Reichsregierung, eine wertbeständige leicht begebare Goldanleihe aufzulegen, wurde von den Vertretern der Landwirtschaft begrüßt. Sie erklärten sich bereit, die Durchführung dieses Planes zu fördern.

Die Beisprechung, in der noch einige landwirtschaftliche Einzelfragen behandelt wurden, schloß mit der einstimmigen Versicherung der Vertreter der Landwirtschaft, daß sie ihre Berufsangelegenheiten aufordern würden, ihr Möglichstes zu tun, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern und die Ernährungsschwierigkeiten der Städte zu beheben.

Ein Aufruf an die Landwirtschaft.

Berlin, 31. Juli. Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft hat folgenden Aufruf erlassen: „An die deutschen Landwirte! Wir haben mit der Reichsregierung über die Not der städtischen Bevölkerung und die Schwierigkeiten beraten, die ihr in der Versorgung mit Lebensmitteln erwachsen. Die Not der Städte ist groß. Es fehlt insbesondere an Kartoffeln und auch an anderen Nahrungsmitteln. Die Landwirtschaft trägt keine Schuld daran. Infolge der Ruhrbelegung ist die Einfuhr von Nahrungsmitteln aus Mangel an Devisen so gut wie unmöglich geworden, so daß die Erzeugung der deutschen Landwirtschaft mehr als je die Grundlage der Volksernährung bildet. Die Ernte hat sich über vier Wochen verspätet. Wo die Landwirte schon über wenige Vorteile verfügen, ist ihre Beförderung durch den Streik im Transportgewerbe verzögert worden. Mit der Reichsregierung sind wir einig in der Überzeugung, daß alles darauf ankommt, der städtischen Bevölkerung über die Schwierigkeiten der nächsten Wochen hinwegzuhelfen. Obgleich Beiträge der Landwirtschaft im allgemeinen nur in dem Umfang vorhanden sind, der den dringenden Eigenbedarf bis zur nächsten Ernte deckt, so dürfen die Städte doch nicht von Nahrungsmitteln entblößt bleiben. Auf den Rädern haart eine gute Körnerernte der Bergung. Was schon gedroschen und zum Verkauf kommen kann, muß unverzüglich der städtischen Bevölkerung zugeführt werden. Was in den Krallen der Landwirtschaft steht, muß geschehen, was sich jetzt dem Reiche verlagert, schädigt die Gesamtheit des Volkes und damit auch seinen eigenen Berufsstand. So wie der Reichsregierung wird es sein, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, damit die Erntearbeiten ungehindert stattfinden können und Angstverläufe vermieden werden. An alle deutschen Landwirte ergoht unser Ruf und unsere Mahnung: Helft, daß alles, was ihr an Erträgen zum Verkauf stellen könnt, unverzüglich abgeliefert wird und in die Hand der Verbraucher gelangt. In der allerhöchsten Zeit zu erwartende Ausgabe einer wertbeständigen Anleihe soll auch in der Lage verbleiben, den Ertrag anzulegen, daß er euch zur Fortführung der Wirtschaft erhalten bleibt. Helft dem Vaterlande. Ihr helft so auch am besten der deutschen Landwirtschaft.“

Coblenz. Havas. Die pfälzische Oberpostdirektion in Speyer hatte sich geweigert und zwar auf einen Befehl von Heidelberg hin, amtliche Telegramme der alliierten Behörden zu befördern. Ihr Betrieb wurde deshalb auf Anordnung des Oberdelegierten der hohen Kommission geschlossen. 7 höhere Beamten wurden ausgewiesen.

Köln. Aus unbekannter Gründen wurden hier ausgewiesen: Oberbürgermeister Farwig und die Beigeordneten Spoelen, Müller, Kuhn, Spenradt und Dr. Scheuer. Die Beigeordneten haben am Sonntag vormittag die Stadt verlassen müssen. Zur gleichen Zeit wurde der wegen Krankheit beurlaubte Oberbürgermeister in Schleidan an der Elbe, wo er sich aufhielt, von drei Autos abgeholt und, wie man annimmt, in der Richtung Bielefeld gebracht. Damit bleiben von der städtischen Verwaltung nur noch fünf Herren zurück.

Kleine Mitteilungen

Am 20. Juli. Wie die Kaiserliche „Postzeitung“ mitteilt, sind die Einnahmen im Reichsbudget in großem Maßstab zur Deckung von Kriegsausgaben in großem Maße gesunken. Der Staat ist infolgedessen gezwungen, den herrschenden Zahlungsmittelmangel abzumildern. Die Staatseinnahmen betragen nämlich 400 Milliarden Reichsmark. — Das am 25. Juli herausgegebene Reichsaufgebot für die deutschen Eisenbahnen ist von den Befehlungsbehörden in Duisburg bestritten worden.

Am 30. Juli waren 25 Jahren seit dem Heimgang des Fürsten Bismarck verfloßen.

Die amerikanische Armee soll von 137 000 auf 150 000 Mann Effektivestärke erhöht werden.

Das Programm des sozialdemokr. Partei

Neue Steuern.

and not

